

Die Linke in Zentraleuropa: Herausforderungen und Möglichkeiten¹

Die Parteien der Linken in Zentraleuropa sind mit einer Reihe schwieriger Aufgaben konfrontiert. Sie müssen überzeugende programmatische Profile entwickeln, um die makroökonomische Entwicklung ihrer Staaten in einer zunehmend integrierten europäischen Wirtschaft zu gestalten; sie müssen sich mit den Herausforderungen auseinandersetzen, die die Ostexpansion der Europäischen Union mit sich bringt; sie müssen wirksame Politiken entwickeln, um hohe Arbeitslosigkeitsquoten und beträchtliche Ausmaße sozialer Verwerfungen zu überwinden; sie müssen geeignete Auswärtige und Sicherheitspolitiken für ein sehr verändertes internationales Umfeld entwickeln, und schließlich müssen sie ihre Botschaft auf überzeugende Weise einer oft unüberzeugten Wählerschaft »überbringen«.

Die Herausforderungen sind beträchtlich und in vieler Hinsicht entmutigend. Jedoch sind sie nicht weniger beängstigend als die Herausforderungen, die die Linke direkt nach dem Zusammenbruch 1989 und 1990 konfrontierte. Zu Beginn der 90er erschien die Linke entehrt, desorientiert und verbittert, geschlagen von den Pro-Markt Kräften der Rechten und des Zentrums und ohne eine »Mission«, auf der eine zukünftige politische Wiederkehr hätte aufgebaut werden können. Jedoch gelang es sozialdemokratischen, sozialistischen und sogar kommunistischen Parteien oft in bemerkenswert kurzer Zeit, erfolgreich zurückzukommen. Zunächst in Litauen im Jahr 1992 und später allmählich in jedem Land der Region wurde die sozialdemokratische/sozialistische Linke stark genug, ihre politische Fortüne zu wenden und die Zügel der Macht zurückzuerlangen.

1 Die diesem Aufsatz zugrunde liegenden Forschungen fanden mit institutioneller Unterstützung des Instituts für Deutschlandstudien der University of Birmingham und der Leverhulme-Stiftung (London) im Zusammenhang eines Projekts über die externen Einflüsse auf die programmatische Entwicklung in den kommunistischen Nachfolgeparteien statt.

Obwohl die sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien zweifellos in den demokratischen Wahlen der 90er Jahr recht gut abgeschnitten haben, sind die Gründe ihres Erfolgs in keinerlei Weise von Staat zu Staat identisch. Manche profitierten von der Enttäuschung mit den Parteien und Politikern (insbesondere der rechten Mitte), die Anfang der 90er Jahre regierten; andere haben erfolgreich enttäuschte WählerInnen aufgesammelt, die, obwohl sie nicht notwendigerweise starke AnhängerInnen sozialistischer oder kommunistischer Ideale waren, ihre Unzufriedenheit mit den sozialen und ökonomischen Bedingungen ausdrücken wollten, in die sie eineinhalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus geraten waren. Wenn man einen stabilen Fundus loyaler UnterstützerInnen dazuzählt, ist es nicht schwierig zu sehen, warum – im Gegensatz zu manchen der aufgeregten Rufe der frühen 90er – die Linke in der Lage gewesen ist, sich politisch neu zu erfinden.²

Die programmatische und wählerInnenmäßige Erneuerung der Linken (und insbesondere die der Kommunistischen Nachfolgeparteien, engl. Abk. CSPs, deutsch KNPs) sieht eminent plausibel aus. Der wirtschaftliche Umbruch, die sozialen Verwerfungen und der psychologische Druck der Ausverkaufstransformation sind von linken PolitikerInnen geschickt genutzt worden, um ihre Parteien mit dem Ziele eines Wiederattraktivwerdens des Sozialismus neu zu prägen.³ Sie sind daher in der Lage gewesen, sich einen Platz in den zentraleuropäischen Parteiensystemen zu sichern. Es haben natürlich nicht nur gerade umorganisierte ehemalige kommunistische Parteien wirksam auf der Linken und in der linken Mitte in Zentraleuropa mobilisiert: andere sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Akteure sind aufgekommen und haben (mehr oder weniger) wirksam mit den anderen Parteien um WählerInnen »links der Mitte« gekämpft.⁴ Die tschechische ČSSD, zum Beispiel, baute auf eine historische Tradition der tschechischen Sozialdemokratie auf, um sich schnell selbst zum prominentesten Spieler auf der Linken des tschechischen Parteiensystems zu entwickeln,⁵ während die Slowakische Kommunistische Partei (KSS), gegründet in 1992, dem offenen Abgleiten der slowakischen KNP, der Partei der Demokratische Linken

2 Denitsch 1990.

3 Ishiyama/Shafqat 2000.

4 Die Kommunistischen Nachfolgeparteien sind als die Parteien definiert, die Wurzeln in den alten vor-1989 Regimen haben. Sie bringen das Erbe des meisten Eigentums und der Organisationsstrukturen und auch ein Maß an Kontinuität in der Mitgliedschaft der alten kommunistischen Parteien in den neuen politischen Wettbewerb ein. Die in diese Kategorie fallenden zentraleuropäischen Parteien sind die polnische SLD (SdRP), die tschechische KSČM, die slowakische SDL, die ungarische MSZP und die ostdeutsche PDS. Die Pfade der KNPs mögen sich natürlich in programmatischer, wahlnumerischer und organisatorischer Hinsicht bedeutend voneinander unterscheiden haben – ihr vereintes Erbe bedeutet, dass es immer noch richtig ist, sie als eine spezifische Gruppe von Akteuren zu behandeln.

5 Dazu vergleiche auch den Beitrag von Vladimir Handl in diesem Band.

(SDL), nach Rechts widerstand. Die KNP's und ihre Konkurrenten können daher in einer Reihe verschiedener Formen auftreten.

Während eine beträchtliche Anzahl von linken Parteien überall in der Region existieren, erscheint ihre Zukunft wie eh und je etwas ungewiss. Wir können sehr plausibel argumentieren, dass die KNP's genauso sehr von strukturellen Vorteilen außerhalb ihres Einflusses profitiert haben als von ihren eigenen Erfolgen bei Programm und Wahlen. Obwohl sehr wenige Zentraleuropäer zu den politischen Strukturen der Vor-1989-Zeit zurückkehren woll(t)en, waren und bleiben genauso wenige überzeugt, dass der »real existierende Kapitalismus« der Weg zu Erleuchtung und Befriedigung darstellt. Viele BürgerInnen lehnen die Parteien, die ihnen in der Umbruchszeit Freiheit und Fortschritt versprochen hatten ab – und bieten hierdurch der Linken eine Chance an, sich zu reorganisieren und den mitteleuropäischen WählerInnen eine neue Alternative anzubieten. Dies eröffnete neue Möglichkeiten für die KNP's und die anderen Parteien der Linken gleichermaßen.

Dies war jedoch in den 90ern. Heute diskutieren die Parteien die viel ungewisseren Herausforderungen, die für die Linke in den kommenden Jahren abzusehen sind. Anders ausgedrückt, unser Papier betont die Möglichkeiten und Herausforderungen, die durch die Linke überwunden (oder zumindest angepackt) werden müssen, um so das meiste aus den Positionen zu machen, die sie – auf welche Weise und aus welchen Gründen auch immer – im osteuropäischen Parteiensystem geerbt hat. Tatsächlich gibt es keinen Grund, warum Parteien der Linken, vorausgesetzt dass sie gut geführt sind und die Grenzen ihrer eigenen Bestrebungen wahrnehmen, nicht dominierende Kräfte im täglichen politischen Leben für viele weitere Jahre werden und bleiben können.

Die Linken und die zentraleuropäischen Parteiensysteme: ein Rahmen für die Analyse

Die präzise Natur der ideologischen, programmatischen und wahlnumerischen Entwicklung in jedem der Nationalstaaten ist in vieler Hinsicht einzigartig, da sie von einer einzigartigen Matrix von nationalen Gelegenheitsstrukturen, historischen Gegebenheiten und externen (d.h. parteisystemischen) Dynamiken abhängt.⁶ Auf die ehemaligen kommunistischen Parteien trifft das in besonderem Maße zu: einige KNP's entwickelten sich aus kommunistischen Parteien, die sich in der Zeit vor 1989 hart und intolerant gegenüber Widerspruch verhalten hatten.⁷ Oppositionelle Fraktionen innerhalb der Parteien hatten wenig

6 Orenstein 1998.

7 Kitschelt 1995, Waller 1995, Evans/Whitfield 1995, Ishiyama 1997.

Gelegenheit erhalten, ihre Besorgnisse auszusprechen und waren daher für die Revolutionen 1989/90 schlecht vorbereitet. Das gilt für Länder wie der Tschechischen Republik – wo die kommunistische Partei besonders autoritär war –, da die Strukturkonservativen in der Partei leicht und systematisch in der Lage waren, reformistischere Fraktionen auszumanövrieren. In anderen Ländern, wo interne Oppositionsgruppen größere Maße an Autonomie genossen hatten, erlebten viele KNP's tiefer gehende und überzeugendere Reformprozesse, dabei geführt von Reformelementen, die dennoch immer noch den sozialistischen Zielen und Idealen verpflichtet blieben.

Die tschechische KSČM wäre zum Beispiel nicht in der Lage gewesen, sich überzeugend zu sozialdemokratisieren, selbst wenn sie dies gewollt hätte. Andere KNP's ergriffen die Gelegenheiten, die sich ihnen in neu wachsenden Parteiensystemen boten, in denen alle Parteien sich neu einzurichten suchten – sowohl im Verhältnis zueinander und im Verhältnis zur weiteren Wählerschaft – und verwandelten sich in Organisationen mit völlig neuer politischer Ausrichtung.

Die nationalen Gelegenheitsstrukturen – die strukturellen Beschränkungen für die Parameter des politischen Wettbewerbs als Ganzem – sind daher breit gestreut und divers. Im postkommunistischen Kontext kann die Hypothese aufgestellt werden, dass fünf Konfliktlinien⁸ eine Schlüsselbedeutung haben und sie es sind, die die Umgebung gestalten, in der alle Parteien konkurrieren müssen:

1. Konfliktlinie: Politisches Regime

Die Vergangenheit ist für das Verständnis der Gegenwart wichtig – in Zentraleuropa wie auch überall anderswo. Die Natur des real existierenden Sozialismus und die Ansichten der Bürger auf das Regime vor 1989 kann eine tiefe Wirkung sowohl auf die Haltungen zur postsozialistischen Politik im Allgemeinen als auch auf das Wahlverhalten im Allgemeinen haben. Die Wichtigkeit dieser Dimension des Wettbewerbs ist von besonderer Wichtigkeit für die kommunistischen Nachfolgeparteien, die feststellen, dass manche WählerInnen, die Werte, Überzeugungen und Interessen haben, die im Wesentlichen mit den ihren übereinstimmen, sie dennoch ohne weiteres ablehnen. Und die dies immer tun werden – weitgehend wegen des Verhaltens ihrer Vorgängerpartei in der Periode vor 1989.

Jedoch beinhalten tief eingeprägte Ansichten zum vorigen Regime nicht immer negative Konsequenzen für die Linksparteien. Manche überzeugte UnterstützerInnen der ehemaligen Regierungsparteien teilen die ideologischen und

8 Kitschelt et al. 1999, S. 9-63.

programmatischen Ziele der Nachfolgeparteien. Obwohl solche WählerInnen keinesfalls eine Mehrheit bilden, werden sie nichtsdestotrotz eine solide Unterstützerbasis bilden, auf die sich diese Parteien verlassen können. Der Zynismus und die Enttäuschung – die in der Periode vor 1989 herangereift waren – können sich jedoch auch auf gegenwärtiges politisches Verhalten auswirken. Die Bürger können sich dafür entscheiden, a) alle Parteien abzulehnen und sich ganz und gar aus dem politischen Prozess zurückzuziehen; b) die Parteien ablehnen, die wirtschaftlichen Wohlstand und politische Freiheit in den 1990ern versprochen (normalerweise die Parteien der Rechten und der Mitte); c) die ehemaligen kommunistischen Parteien aufgrund ihres Tuns im Amt während der Jahre des Staatssozialismus bestrafen. Was auch immer der Fall ist, Haltungen zum früheren Regime hatten und haben weiterhin wichtige Auswirkungen auf die aktuellen politische Aktivitäten.

2. Konfliktlinie: ökonomische Verteilung

Diese Konfliktlinie entspricht ziemlich genau den wichtigsten Parametern des politischen Wettbewerbs, der in Westeuropa zu beobachten ist. Sozial protektionistische Kräfte versuchen den Status quo festzuhalten und hart erkämpfte Rechte und Privilegien (insbesondere soziale Wohlfahrt, Gewerkschaftsrechte und Arbeitsmarktpolitik) aufrechtzuerhalten, während neoliberale, Pro-Markt-Kräfte die Wirtschaften im Namen von Reichtumsschaffung und persönlicher Freiheit zu deregulieren suchen. Der Zusammenstoß zwischen diesen beiden Gruppen ist in Mitteleuropa genauso offensichtlich wie in Westeuropa, und diese Dynamik hat in der Folge eine Schlüsselbedeutung sowohl für den politischen Wettbewerb als auch für die Wahlausgänge.

In den frühen neunziger Jahren, als die Bürger versuchten, größere Möglichkeiten für politische Freiheit und individuelle Prosperität zu ihrem Vorteil zu nutzen, erreichten Parteien, deren Wirtschaftspolitik reduzierte Niveaus an wirtschaftlicher Regulierung, niedrige Steuern, eine weiter reduzierte Rolle für den Staat und einen »Laisser-faire«-Ansatz zur Wirtschaftsorganisation verkörperte, beträchtliche Wahlerfolge. Vaclav Klaus' Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) dominierte die tschechische Politik von 1992 bis 1998 und schuf eine Agenda, die geschickt Wirtschaftsliberalismus mit politischem Nationalismus verknüpfte.⁹ In Polen bildete eine Vielzahl von Parteien, alle mit starken Wurzeln in der Solidarność-Gewerkschaft und Befürworter der »Schocktherapie«-Ansätze in der Wirtschaftspolitik, die Regierungen 1991 bis 1993, während von 1997 bis 2001 Jerzy Buzeks Solidarność-Wahlaktionspartei

9 Williams 1997, Hanley 1999, Williams 2003.

eine Mitte-Rechts-Koalition führte, die weiterhin einer liberalen Wirtschaftsagenda treu blieb.¹⁰

Das Pendel schwang dennoch sehr schnell fort von dieser Art Parteien, und die Befürworter höherer Maße an sozialer Sicherung, Nachfragemanagement und Wirtschaftskontrolle forderten die politische Macht bald heraus.¹¹ Genau wie Mitte-Rechts die ersten Wahlen auf der Grundlage eines bestimmten programmatischen Pakets gewonnen hatte, genauso antwortete die Linke, indem sie die Bürger von Wechselfällen »neoliberalen« Wirtschaftens zu »beschützen« suchte. Die Linke kam mit Volldampf zurück. Die Grundlagen einer klassenorientierten Spaltung waren durch vier besondere Prozesse gelegt, die das traditionelle linke Spektrum gestalten und bestärken. Diese Prozesse waren:¹²

- Das Aufkommen einer klar sichtbaren Klasse von Eigentümern und Unternehmern in den frühen 1990er Jahren. Obwohl nicht alle von ihnen besonders reich wurden, zogen sie sich aus der Armutsschlinge und sicherten sich eine Mittelklassenexistenz. Die darüber hinausgehende Entstehung einer Klasse von »nouveau riche« – die uneingeschränkt von der Marktwertung der Wirtschaft profitierten und ein Einfluss »neuen Geldes« – führte zu einer Gegenreaktion in den Schichten der Bevölkerung, die keinen Zugang zu derartigen Möglichkeiten hatte.

- Die Rationalisierung der Industrieproduktion und der Beschäftigung bedrohte die materiellen Interessen der Werktätigen. Die Wirtschaftsliberalisierung stellte sicher, dass »Jobs fürs Leben« nicht mehr garantiert sein würden und dass das soziale Netz, das einst existiert hatte, entweder zerlöchert oder abgebaut wurde.

- Die postkommunistischen Gesellschaften erlebten steigende Niveaus an sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit. Die Arbeiter waren gezwungen, ihre Interessen in Gewerkschaften zu verteidigen, um so »die bestmögliche Behandlung« zu erstreiten und Klassenunterschiede abzubauen.

- Die Stärkung der materialistischen Ethik. Das so hochgelobte Aufkommen postmaterialistischer Werte in Westeuropa muss in Zentraleuropa immer noch stattfinden. Der Übergang von einer durch Mangelerscheinungen charakterisierten Wirtschaft zu einer der freien Auswahl beflügelte materialistische Politik weiter und verbot jeden bedeutenden Anstieg in den postmaterialistischen Werten.

Gegenwärtige Kämpfe für wirtschaftliche Vorherrschaft werden daher immer noch auf Terrains ausgefochten, die einem Westler zumindest wie

10 Millard 200, S. 26-27. Zum Verhalten der polnischen SLD vgl. Żuk in diesem Band.

11 Die Wahrscheinlichkeit einer Art Pendelschwung wurde schon 1990 von Lord Dahrendorf betont. Er betonte, dass die Prozesse der Marktbildung und Liberalisierung sicherlich eine Gegenreaktion hervorrufen würden, wenn die sozialen Kosten der Wirtschaftstransformation offensichtlich werden würden. Vgl. Dahrendorf 1990, S. 71f.

12 Mateju/Rehakova/Evans 1999.

»traditionelle« linke Gefilde vorkommen. Die Partei, die die überzeugendsten sozioökonomischen Argumente vorbringt, platziert sich daher in eine extrem starke Stellung, jede anstehende Wahl, zu der sie antritt, zu gewinnen.

3. *Soziokulturelle Konfliktlinie*

Soziokulturelle Fragen sind in vieler Hinsicht die vielfältigsten und am schwersten zu quantifizierenden von allen Dimensionen des politischen Wettbewerbs. Die Themen können von der Rolle der Kirche in der Gesellschaft zu Positionen zu sozialen Fragen wie Abtreibung oder Euthanasie reichen. Manchmal kann diese Spaltung teilend wirken, während sie ein anderes Mal hegemoniale kulturelle Werte hervorbringt. In Polen würden wenige Politiker es wagen, die katholische Kirche irgendwie anders als auf die zaghafteste Weise zu kritisieren. Die Stärke der Unterstützung, die die katholische Kirche und ganz besonders der polnischstämmige Papst Johannes-Paul II. genießt, würde jedes solche politische Abenteuer sicherlich zum Scheitern verurteilen.

Die meisten soziokulturellen Fragen bleiben daher weniger herausragend als sie es zum Beispiel in den Vereinigten Staaten sind. Weit verbreitete hegemoniale Diskurse verbieten es den PolitikerInnen, sich auf moralische Diskussionen über solche Fragen wie Abtreibung oder homosexuelle Heiraten einzulassen, da sehr wenig parteipolitisches Kapital aus der Diskussion solcher Fragen in einer offenen politischen Weise geschlagen werden kann. Kommunistische Nachfolgeparteien insbesondere verstehen in der Regel nicht, sich bei soziokulturellen Fragen zu profilieren – die traditionelle protektionistisch-libertäre Konfliktlinie ist für sie viel relevanter – mit der bemerkenswerten Ausnahme der ostdeutschen PDS, die versucht ostdeutsche, auf einer wachsenden ostdeutschen Identität gegründete Interessen, innerhalb des nationalen politischen Prozesses zum Ausdruck zu bringen.¹³

4. *Konfliktlinie: Nationalismus – Kosmopolitismus*

Fragen der Staatsbürgerschaft und des nationalen Bewusstseins sind traditionell in den östlichen und südöstlichen Teilen des europäischen Kontinents wichtiger gewesen als im Westen. Die meisten mitteleuropäischen Staaten haben dankenswerterweise potenziell gefährliche nationalistische Debatten und Diskurse vermieden. Sogar in Ländern mit großen nationalen Minderheiten wie Ungarn ist nationalistische Rhetorik nicht annähernd so zerstörerisch gewesen wie in anderen europäischen Staaten. Jedoch ist der Nationalismus nicht

13 Hough 2002.

tot. Die Trennung der Tschechoslowakei bietet ein ausgezeichnetes Beispiel für nationalistische Diskurse, die den konventionellen politischen Prozess in Geiselnahme nimmt, und Staaten wie Bulgarien und Rumänien haben erlebt, wie die kommunistischen Folgeparteien kühne nationalistische Positionen vertreten haben, schlicht um daraus politisches Kapital zu schlagen. Sogar in der Tschechischen Republik kann man innerhalb der KSČM nationalistische Meinungen identifizieren, die versuchen, den Kommunismus innerhalb der Grenzen des relativ kleinen tschechischen Staats zu schaffen und zu gestalten.

Die Jungen und Gutqualifizierten tendieren, wie man erwarten konnte, zu kosmopolitischeren Orientierungen und mehr Ablehnung der nationalistischen Tagesordnungen. Das ist in sich nicht überraschend, da sie am besten platziert sind, die Gelegenheiten wahrzunehmen, die angeboten werden, nun da ihre Länder sich für den Markt und für die Außenwelt geöffnet haben. Die AnhängerInnen des Nationalismus neigen hingegen dazu, die Durchdringung durch den westlichen Liberalismus zugunsten eines gemeinschaftlicheren Gefühls von Identität und Geborgenheit abzulehnen. Sie neigen auch zu viel autoritäreren Perspektiven hinsichtlich Gesellschafts- und Kulturpolitik – wie sie oben diskutiert wurden. Die Konfliktlinien 3 und 4 können also Hand in Hand gehen. Oft helfen jedoch diese Art sozialer Konfliktlinien uns nicht weiter, um die Natur des Parteienwettbewerbs in den postkommunistischen Gesellschaften vorherzusagen. Sie sind wichtig und beeinflussen den politischen Diskurs, aber selten sind sie für die Ausgestaltung der parteipolitischen Trennlinien ausschlaggebend.

5. Ethnische Konfliktlinien

Die spaltendste und potenziell gefährlichste Dimension des politischen Wettbewerbs sind ethnische Konflikte. Ethnische Kriege in Südosteuropa unterstreichen die Gefahren, die Mobilisierung aufgrund ethnischer Trennungen hervorrufen kann. Obwohl solche ethno-nationalistischen Parteien in Zentraleuropa wenige und selten sind, bietet die Anwesenheit verschiedener ethnischer Gruppen – und besonders der Sinti und Roma – den populistischen Politikern genug Munition, um Unterstützung zu mobilisieren. Glücklicherweise sind sie im Allgemeinen in ihren Versuchen, dies zu erreichen, erfolglos geblieben, und ethnische Trennlinien bleiben weniger herausragend, als sie es in früheren Jahren gewesen sind.

Parteiorganisation und Pfadabhängigkeit

Drei Dimensionen des programmatischen Wettbewerbs (ideologische Richtung, Politikorientierung und Wahlstrategie) sind miteinander kombiniert, wenn der Platz der Parteien im postkommunistischen Parteiensystem gestaltet wird. Es ist jedoch klar, dass die Art und Weise, in der eine Partei sich organisiert, einen beträchtlichen Einfluss auf die programmatische und die ideologische Richtung hat, die sie einschlägt.¹⁴ Die Genese einer Partei wird aber oft die organisatorische Route, die sie einschlägt, grundlegend bestimmen – und die Natur der organisatorischen Entscheidungen in dieser formativen Periode kann einen fundamentalen Einfluss auf ihr Verhalten auf längere Sicht haben.¹⁵ Die Natur des institutionellen Umfelds gestaltet, beschränkt und beeinflusst daher den Aufbau der Organisationen und der Machtverhältnisse innerhalb der politischen Parteien.¹⁶

In Zentraleuropa waren die meisten Parteien, die an den ersten freien Wahlen 1990 teilnahmen, neu geschaffen, was sicherstellte, dass eine kleine Gruppe von Führungspersonlichkeiten einen außerordentlichen Einfluss auf ihre ideologische und programmatische Orientierung hatten. In vielen Fällen waren die Parteien auf ihre Rolle im Parlament beschränkt oder jedenfalls ziemlich eingeschränkt, da ihnen die Mittel fehlten (sowohl was Geld anging, aber auch Zeit und Personal), expansive außerparlamentarische Apparate aufzubauen.¹⁷ Nur mit der Zeit waren sie (wenn überhaupt) in der Lage, ihr organisatorisches Netz über die Gesellschaft zu spannen. Die ehemaligen kommunistischen Parteien, anders als die meisten anderen Parteien in diesen aufkommenden Parteiensystemen, besaßen jedoch eine Reihe von Charakteristika, die sie einzigartig machten:

- sie besaßen ein dichtes Netzwerk lokaler und regionaler Büros,
- sie genossen große, wenn auch schnell sinkende Mitgliederzahlen
- sie profitierten von relativ gesunden Finanzen
- sie hatten Zugang zum Großteil der Verbände und Vereine der Gesellschaft.

Die KNP befanden sich daher in einer grundsätzlich anderen strukturellen Position. Angesichts ihrer aufgeblähten Organisationsstrukturen aus der Vor-1989-Periode mussten sie ihre außerparlamentarische Organisation eher herunterfahren und sich als flexible, pragmatische demokratische Akteure wieder aufbauen. Eine Reihe von KNP entschied sich, ihre organisatorischen Strukturen zu zentralisieren und sich schnell in elitegetriebene Kaderparteien

14 Grzymala-Busse 2002.

15 Panebianco 1988.

16 Dahl 1971, van Biezen 1998.

17 van Biezen 2000, S. 396.

zu verwandeln. Sie haben in der Folge größere ideologische und programmatische Flexibilität und auch, unweigerlich, großen Wahlerfolg genossen.¹⁸ Die Kosten der Entscheidungsfindung bleiben viel niedriger, und die Effizienz im Werben um WählerInnen ist stark gestiegen. Das Gegenteil trifft auch zu: Je mehr organisatorische Schichten bestehen und je mehr Akteure im Leben der Partei etwas zu sagen haben, desto umständlicher sind und bleiben die Prozesse der programmatischen Veränderung.¹⁹ Wie Anna Grzymala-Busse überzeugend argumentiert, je weniger die Führer der KNP in der Periode direkt nach 1990 unternahmen, desto geringer die Chancen, dass die Partei in der Lage war, sich in den späteren Jahren grundlegend zu transformieren. Die Parteieliten waren nicht in der Lage, traditionell konservative Mitglieder auf die Zuschauerbank zu versetzen, und die Parteien waren nicht in der Lage, sich auf die neue Situation einzustellen und ihr ideologisches und programmatisches Selbstverständnis zu überholen.²⁰

Diese ursprünglichen organisatorischen Entscheidungen haben die programmatischen Orientierungen der KNP tief greifend beeinflusst. Die, die von einem kleinen Küchenkabinett beeinflusst waren, bewegten sich Richtung Mitte, während die, die weniger zentralisiert waren, ziemlich weit links von der sozialdemokratischen Bewegung verharrten (siehe Abbildung).

Abbildung: KNP-Trajekte, organisatorische Beschränkungen und programmatische Entwicklungen



18 Grzymala-Busse 2002, S. 75.

19 Kitschelt 1994, S. 212.

20 Grzymala-Busse 2002, S. 82.

Die KNP in den frühen 90ern – wie weiter?

Angesichts der herausragenden Stellung der KNP in einer Reihe von mitteleuropäischen Parteiensystemen (Polen, Ungarn, Tschechien, Tschechische Republik, Ostdeutschland), lohnt es sich, kurz zu bewerten, wie und warum sie es geschafft haben, sich in erfolgreiche, demokratische Parteien der Linken zu verwandeln. In den 90er Jahren fokussierte der größte Teil der Literatur über die KNP darauf, warum sie in der Lage waren, sich zu reformieren und wieder zu erstarken.²¹ Ursprünglich betonten die Autoren, dass die in den Wahlen erfolgreicheren KNP die zu sein schienen, die einen durchgreifenden Prozess der ideologischen und politischen Veränderung (und damit eine Bewegung nach »rechts« in ideologischer Hinsicht) durchgemacht hatten, während als die »weniger erfolgreichen« Parteien diejenigen angesehen wurden, die unwillig und unfähig waren, sich an ihre sehr veränderte Umgebung anzupassen.²² Jedoch läuft diese Dichotomie sofort auf Eis: Wie soll man »erfolgreich« definieren? Manche könnten darunter Stabilisierung in einem Parteiensystem auf der Grundlage eines klaren und kohärenten Parteiprogramms verstehen. Andere könnten den Wahlimperativ und die Notwendigkeit, breitere soziale Unterstützung zu erlangen, betonen, während wieder andere bloßes Streben nach Ämtern herausstreichen würden, die Notwendigkeit, andere linke Akteure anzusprechen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel in die Regierung zu kommen. Der akademische Diskurs während der 90er Jahre hat dazu geführt, zwei Wege zum Erfolg zu unterscheiden: die »Grabentaktik« und die »pragmatische Reform«-Option.

- Wenn eine KNP sich für die »Grabentaktik« entscheidet, verschanzt sie sich hinter ihren marxistischen Traditionen und weist viele Begriffe der Moderne zurück. Sie bleibt auch sehr skeptisch gegenüber dem freien Markt und der individualistischen, libertären Ansprüche. Obwohl eine derartige Partei viele Inhalte des »Westlichen« ablehnt, platziert sie sich paradoxerweise instinktiv in der gleichen ideologischen Ecke wie die Parteien der extremen Linken in Westeuropa. Die PDS in Ostdeutschland ist ein Beispiel hierfür (trotz ihres neuen Programms, das sie Ende Oktober 2003 angenommen hat), so wie auch die KSČM, die, wenn auch in einer anderen strukturellen Umgebung, in eine ähnliche Richtung geht.²³
- Die »pragmatische Reform«-Option sieht die KNP dagegen allmählich auf Distanz zu ihren Vorgängerinnen vor 1989 und einem Großteil der von ihnen angenommenen Rhetorik zu gehen (selbst wenn eine Minderheit der

21 Kitschelt 1995, Waller 1995, Ishiyama 1997, Orenstein 1998.

22 Ishiyama und Bozoki 2001, S. 34.

23 Grzymala-Busse 1999, Hough 2002, Hough und Handl 2004.

harten Linken immer noch davor zurückschreckt, dies zu tun). Reformulieren, so wie die in Polen und Ungarn, nehmen die Parteien fest in den Griff und versuchen, sie im (vagen) Stil linker sozialdemokratischer Parteien in Westeuropa umzudefinieren – und steuern dabei in Richtung traditioneller sozialdemokratischer Akteure und sogar solcher Parteien wie New Labour in UK.

Obwohl diese zwei weit gefassten Kategorien der Vielfalt der verschiedenen existierenden KNP's nicht gerecht werden können, bieten sie eine Orientierung zum Verständnis dessen, unter welchen Umständen und an wen sich KNP-Eliten wenden, wenn sie versuchen, ihre politische Legitimität zu stärken und populäre Politiken zu entwickeln.²⁴ Sie bieten auch einen Ausgangspunkt, um zu verstehen, wie diese Parteien die Herausforderungen und Gelegenheiten angehen werden, die die Erweiterung der EU ihnen bietet.

Herausforderungen und Gelegenheiten

Die Linke in ihrer Vielzahl sieht sich jedoch in ihren Versuchen, den dominierenden neoliberalen Zeitgeist zu zähmen, mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Aber Herausforderungen sind häufig auch Chancen. Ein Problem, das auf eine überzeugende und wirksame Weise gelöst wird, kann sich schnell in einen Trumpf und eine Stärke verwandeln, wenn damit versucht wird, die WählerInnen und Akzeptanz durch das Volk zu gewinnen. Die Linke sieht sich einer ganzen Matrix von Herausforderungen gegenüber, die sie zwangsläufig nicht ganz lösen können. Der Schlüssel zum politischen Erfolg (wie auch immer definiert) bleibt dennoch, mit diesen Herausforderungen zu Rande zu kommen, und entweder die negativen Nachwirkungen zu mindern oder klare und kohärente Strategien zu ihrer Überwindung auszuarbeiten. Im restlichen Teil dieses Beitrags hebe ich vier Herausforderungen/Chancen hervor, mit denen die Linke sich befassen müssen, wenn sie ihren politischen Einfluss innerhalb der zentraleuropäischen Politik beibehalten bzw. erweitern will.

Erste Herausforderung: Politik

Parteien müssen ein Regierungsprogramm entwickeln, das erstens die Probleme der heutigen Gesellschaft überzeugend aufgreift und zweitens Resonanz bei den WählerInnen erreicht. Jedoch ist dies nicht so eindeutig, wie es scheinen mag. Parteien können leicht gespalten und zwischen verschiedenen ideologischen und programmatischen Agendas zerrieben werden – was zu

24 Ishiyama und Bozoki 2001, Grzymala-Busse 2002.

Widerspruch, Teilung und häufig Abschreibung durch die Wählerschaft führt. Die Linke ist für das sporadische Aufflammen von internem Dissenz besonders empfänglich, da sie, in vieler Hinsicht, die ideologischere Hälfte des politischen Spektrums ist. Die lange und lebendige kommunistische und sozialistische Tradition hat eine Umgebung geschaffen, in der aktiv zu Diskussion und Debatte ermutigt wird und Meinungsunterschiede als das Brot und Wasser des täglichen Lebens angesehen werden. Obwohl dies sicher von einer demokratischen Perspektive aus wünschenswert ist, hilft es nicht immer beim Erreichen langfristiger Ziele der Partei.

Alle Parteien versuchen, die Gesellschaft (zumindest aus ihrer Sicht) zum Besseren zu verändern. Um dies zu tun, müssen Parteien in demokratischen Systemen Wählerstimmen aus der Öffentlichkeit als Ganzer erhalten, und damit dies geschieht, müssen die Wähler wissen a) wofür die Parteien stehen; b) dass diese ein realistisches Programm anbieten, das umgesetzt werden kann und c) dass die Parteien stabil genug sind, nicht zu zerbrechen, sobald der schwierige Prozess des Regierens beginnt. Anders gesagt, Politiker und Parteimitglieder müssen bereit sein, ihre innerparteilichen Diskussionen zu zügeln und in der Öffentlichkeit geeint zu bleiben. Das ist nicht etwas, worin kommunistische, sozialistische und sozialdemokratische Parteien seit jeher besonders versiert sind.

Wenn jedoch linke Parteien in die Regierung eintreten, müssen sie vorsichtig sein, die Erwartungen nicht auf ein unverantwortlich hohes Niveau zu steigern. Die Welle der Erfolge der KNP's baute auf Hoffnungen auf, die diese Parteien niemals wirklich zu erfüllen erwarten konnten – womit sichergestellt wurde, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis die »Schufte wieder herausgeworfen« wurden. Regierungsprogramme müssen umsetzbar sein. Übergroßzügige, in der Opposition erhobene Ansprüche führen nicht nur dazu, dass die Politiker Versprechen brechen müssen, die sie zweifellos gut gemeint hatten, sie fügen außerdem den Wahlchancen der Partei in der Zukunft langfristig Schaden zu.

Zweite Herausforderung: Anpassung an die Parameter der internationalen Umgebung

Mit Eintritt in die Europäische Union wird die Linke weiterhin harte Entscheidungen treffen müssen. Diese Entscheidungen werden in der Sphäre der Wirtschaftspolitik besonders schwer fallen. Viele Kommentatoren beklagen sich weiterhin, dass die Rhetorik der Globalisierung tatsächlich hohl ist, dass die neoliberalen Akteure eine internationale Umgebung schaffen, die ihren eigenen Zielen von Deregulierung und freier Marktmarktwirtschaft gerecht wird. Ich werde nicht für oder gegen diese These argumentieren: Aber *etwas* hat sich offensichtlich geändert, und das ganz abgesehen von der Tatsache, ob man glaubt,

dass die Globalisierung eine Kraft ist, die man verlangsamen, beschleunigen oder eindämmen sollte. Die Rhetorik könnte Veränderungen im Verhalten ausgelöst oder strukturelle Anpassungen erzwungen haben – jedenfalls sind die integrierten Wirtschaften der fortgeschrittenen Welt auf einer qualitativ anderen Stufe als sie es vor noch zehn Jahren waren. Die Linke wird ein Politikpaket zu schnüren haben – nachdrücklich um bestehende internationale Netzwerke harter und weicher linker Gruppierungen herum aufgebaut und auch auf die sozialen Bewegungen in der Zivilgesellschaft bezogen –, das auf überzeugende Weise mit dieser Veränderung fertig wird.

Tony Blairs Maxime, dass das, »was funktioniert, zählt«, mag nicht sein, was viele gerne hören würden, aber sie hat zweifellos ein Quäntchen Wahrheit in sich. Es lohnt sich nicht, verlorene Kämpfe zu kämpfen; die Linke in der Regierung muss innovativ, kreativ und praktisch sein. Andernfalls wird sie sich als politisch unwirksam, vom Wahlstandpunkt her als unpopulär und letztendlich als unfähig erweisen, das politische und/oder Wirtschaftssystem zu verändern, in dem sie arbeitet.

Dritte Herausforderung: die Medien

Die Bedeutung der Medien in unseren Gesellschaften kann kaum überschätzt werden. Die Parteien müssen beträchtliche Zeit und viel Geld ausgeben, um Profile zu schaffen, die in Zeitungen, Internet, Radio und, was am wichtigsten ist, im Fernsehen gut porträtiert werden können. In Polen braucht man nur den Aufstieg von Andrzej Lepper bei der Wahl von 2001 zu betrachten, um zu sehen, wie die Medien schnelle Veränderungen in der politischen Landschaft hervorbringen und erleichtern können.

Durch die ganzen 90er Jahre hindurch zogen die Linke und besonders die KNP in einigen Ländern Nutzen aus ihrem starken Einfluss auf den Output der elektronischen Medien. Dieser strukturelle Vorteil war jedoch nicht von langfristiger Natur und die elektronischen Medien in der ganzen Region werden nun als mehr oder weniger neutral in ihrer politischen Berichterstattung wahrgenommen. Die Herausforderung für die Linke in Zentraleuropa (wie auch häufig in Westeuropa der Fall) kommt von den Druckmedien, da die Medienkonsortien oft linker Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Wo die Parteien sich wirklich sozialdemokratisiert haben, sind die Befürchtungen nicht so groß, aber wo die »Grabentaktik« dominiert, können sozialistisch-kommunistische Parteien aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen (oder herausgeworfen) werden. Die normalen Prozesse der Marktkonsolidierung und die Intervention von Medienmogulen wie Rupert Murdoch werden es der Linken wahrscheinlich nicht erleichtern, eine wertfreie Information herüberzubringen. Tatsächlich ist es oft ausgesprochen schwer, eine Erörterung linker Politik in

manchen Ländern zu finden, da mehr zum Zentrum/zur Rechten neigende Eigentümer Einfluss auf die politische Linie der Redaktionen ausüben.

Die Linke hat nicht die Option, sich nur auf ein Parteiblatt oder eine kleine Anzahl von der Partei produzierter Elemente zu verlassen, um ihre Botschaft an den Mann/die Frau zu bringen. Die 52.000 Leserinnen und Leser von *Neues Deutschland* in Deutschland sind zum Beispiel schon für die Sache der PDS gewonnen (48.000 sind AbonentInnen), und die PDS hat wenig Gelegenheit, ihre Wählerschaft zu expandieren oder andere soziale Gruppen zu erreichen, wenn sie nur dieses Medium nutzt (obwohl das ND natürlich der ungemein nützlichen Aufgabe dient, die Mitgliedschaft über die PDS-Politik und linke Politik im Allgemeinen auf dem Laufenden zu halten).

Parteien müssen die Gelegenheit wahrnehmen, Webpräsenzen zu schaffen, die nicht nur moderne, durchgestylte und professionelle Bilder rüberbringen sondern auch die ständig sich ändernden Bedürfnisse einer neugierigen Wählerschaft zu befriedigen versuchen. Traditionell sind die Parteien vorsichtig bei der Nutzung der interaktiven Kapazitäten dieses neuen Mediums und haben sich mehr auf Informationsvermittlung konzentriert. Dies ist angeblich sogar in den USA so, wo, so würde man denken, solche Kommunikationstechniken entwickelter sind: Während der Präsidentschaftswahlen 1996 beobachteten zwei Akademiker, dass statt der Nutzung des potentiell revolutionären Demokratisierungspotenzial des Internets »es scheint, dass die Kampagnen ihre Internetnutzung auf relativ nicht-interaktive, unidirektionale Weisen der Kommunikation mit WählerInnen, UnterstützerInnen und ReporterInnen beschränken«. ²⁵ Jedoch sind es, wie im Fall der nicht-elektronischen Sphäre, die großen Parteien, die am meisten gewillt sind (aus verständlichen Gründen), Zeit, Energie und Ressourcen in den Elektroniksektor zu stecken und das Meiste aus dem Internet zu machen. Wie Rachel Gibson et. al in ihrer Studie der Nutzung des Internets durch die deutschen Parteien während des 2002-Wahlkampfes betonen, »versuchen die großen Parteien nun, das Internet als Kommunikationsmedium sehr ernst zu nehmen, besonders im Wahlkampf«. ²⁶

Das ist ein klares Beispiel für eine Herausforderung, die auch eine Chance sein könnte. Die soziokulturelle Umgebung in Mitteleuropa ist sehr anders als in den US oder Westeuropa, jedoch wird die Internetnutzung steigen und die Wichtigkeit der elektronischen Kommunikation wird steigen. Die Parteien der Linken in Zentraleuropa müssen jedoch versuchen, schnell auf diese Herausforderungen zu reagieren, um einen klaren Wettbewerbsvorteil zu erreichen, sowohl was weit gefasste politische als auch spezifischere Wahlziele angeht. Der

²⁵ Klinenberg/Perrin 2000, S. 34.

²⁶ Gibson et. al 2003, S. 77.

moderne politische Konsument in Mitteleuropa, so wie in Westeuropa und den USA, wird wahrscheinlich spezifische Informationen aus spezifischen Quellen zu spezifischen Zeitpunkten haben wollen, und dies ist eine Herausforderung, der sich *alle Parteien* werden stellen müssen. Der politische Konsument ist oft bereit, ins Netz zu gehen und danach zu schauen, und es ist notwendig, dass die NutzerInnen wenig Schwierigkeiten haben, die Information zu finden, die sie suchen – andernfalls sind sie (als potenzielle WählerIn) politisch verloren. Obwohl die Quantität der Internetnutzung in Zentraleuropa niedriger ist als in Westeuropa, werden immer mehr Menschen dieses Medium nutzen, um »Schnappschüsse« von Information über Politik zu gewinnen. Die Parteien müssen darauf antworten. Die Bürger könnten vielleicht die Position einer Partei zu einem bestimmten Fall oder Problem wissen wollen, und der leichteste Weg für viele, dies zu tun, ist durch das Internet. Sie werden sich jedoch nicht durch Massen anderer Information kämpfen wollen, um dahin zu gelangen. Die Linke muss sich daher an die sich ändernde Medienlandschaft anpassen und ihre Methoden, in die Gesellschaft einzudringen, erweitern. Dies mag sie nicht befähigen, strukturelle Defizite »wettzumachen«, aber es wird sie befähigen, ihre Nachricht auf klare und kohärente Weise zu denen, die daran interessiert sind, durchzubringen.

Vierte Herausforderung: Parteiressourcen – das organisatorische Dilemma

In Westeuropa scheint das Zeitalter der Massenpartei zu Ende zu sein. In den letzten Jahren sind die Zeitschriften für politische Wissenschaft mit Beiträgen gefüllt gewesen, die versuchen, die verschiedenen Typen von politischer Partei umzudefinieren, die nun in einer Ära zu herrschen scheinen, in der die Mitgliederzahlen in vielen der KNP auf einen unsagbar niedrigen Stand gefallen sind. Traditionell wurde dies als Gefahrensignal gesehen, da so wichtige Kanäle der Interessenvertretung vernachlässigt wurden und die Bevölkerung sich von aktiver Beteiligung zurückzog. Obwohl diese Interpretation bei weitem nicht allgemein akzeptiert wird, ist es klar, dass sich die Natur des Wettbewerbs zwischen politischen Parteien zu ändern beginnt. Das ist sowohl in Zentraleuropa als auch in den alten westlichen Demokratien der Fall.

Die Linke in Mitteleuropa, einschließlich der ehemaligen kommunistischen Parteien, können kaum als Hoffnungsträger in diesem Prozess der Mitgliederschwünde angesehen werden. Aber die KNP bleiben immer noch in einer Position der Stärke, da sie sehr viel mehr Mitglieder haben als ihre Konkurrenten. Das mag langfristig nicht so bleiben, aber es gibt ihnen zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch einen Wettbewerbsvorteil. Wie die empirische politische Wissenschaft weiterhin beweist, laufen starke Bande zu benachbarten Organisationen (z.B. Gewerkschaften) und eine starke Mitgliederbasis auf besseres Abschnei-

den an den Wahlurnen hinaus. Thomas Poguntke argumentiert unzweideutig, dass die Aufrechterhaltung von Beziehungen in der ganzen Gesellschaft und der Versuch, Mitglieder zu behalten (oder sogar zu rekrutieren) der Mühe Wert ist, da sie immer noch »wichtige Wahlkampftrümpfe« darstellen.²⁷

Ende der 90er Jahre hatten Parteien wie die KSČM, obwohl sie das ganze Jahrzehnt hindurch beträchtliche Mitgliederverluste erlitten hatte, immer noch ungefähr 140.000 Mitglieder, während die Demokratische Linke Allianz in Polen ungefähr 80.000 registrierte. Manche prominente Regierungsparteien haben sehr viel weniger Mitglieder gehabt – die Tschechischen Sozialdemokraten zum Beispiel hatten bloße 18.000 Unterstützer mit voll bezahlten Beiträgen und die Bürgerlichen Demokraten nur 19.000.²⁸ Obwohl es sicherlich nicht der Fall ist, dass Mitgliedschaft und Ressourcenvorteil Wahlerfolg garantieren, ist es fair anzunehmen, dass sie Parteien bei der Übermittlung ihrer Botschaft und Ausdehnung ihrer Mitgliedschaft helfen.

Die Mitglieder ehemaliger kommunistischer Parteien sind natürlich im Durchschnitt älter als die Mitglieder anderer Parteien. Die PDS in Ostdeutschland hat das in einen Wahlkampftrumpf gedreht, und die »Knochenarbeit« ihrer »Turborentner« hat der Partei bei der Stabilisierung ihrer Position in Deutschland sehr geholfen. Eine Vernachlässigung der Mitgliedschaft im Namen des Appells an die weitere Wählerschaft ist sicherlich ein gefährliches Spiel. Während starke Partizipation der Mitglieder die politischen Eliten binden kann, müssen die Mitglieder nichtsdestotrotz in den politischen Prozess integriert werden. Wenn die KNP in der Lage sind, dies weiterhin zu tun, werden ihre beträchtlich größeren Mitgliedschaften in der Tat zumindest auf mittlere Sicht ein Wahlkampftrumpf sein.

Abschließende Bemerkungen

Die Entwicklungspfade, die linke Parteien eingeschlagen haben, sind weder linear noch identisch. Die Konstellation der linken Kräfte, die in ganz Zentral-europa besteht, ist daher von Land zu Land verschieden. In einigen hat eine starke, einige, hartnäckige kommunistische Bewegung sich zur Linken einer reformorientierten sozialdemokratischen Partei etabliert. In anderen sind die Parteien der harten Linken in viel schwächeren Positionen, da Parteien der Mitte und des rechten Flügels dominieren. Parteien, die die Macht in der unmittelbaren Periode vor 1990 in kleinen Gruppen von Eliteakteuren zentralisiert hatten, haben beim Versuch, Wählerstimmen zu maximieren und ideologisch breit

²⁷ Poguntke 2002, S. 58.

²⁸ Lewis 2003, S. 166.

angelegt zu bleiben, mehr Flexibilität genossen. Die Parteien, die sich radikal demokratisiert haben, in dem sie ihren Mitgliedern oder mittleren Kader mehr Einfluss gegönnt haben, sind ideologisch konservativer und neokommunistisch in ihrer Orientierung geblieben, statt sozialdemokratisch zu werden.

Viele Herausforderungen, denen sich die Linke gegenüber sieht, sind nicht einzigartig. Alle Parteien in den zentraleuropäischen Parteiensystemen sehen sich beträchtlichen Herausforderungen gegenüber, wenn sie versuchen, die Dynamik der Transformation vom Kandidaten- zum wirklichen EU-Mitglied erfolgreich zu gestalten. Während viele dieser Herausforderungen ähnlicher Art sind, könnte die Linke gut außergewöhnliche Mittel einsetzen müssen, um sie zu überwinden. Die Linke wird jedoch versuchen müssen, zu redefinieren oder umzudeuten, wie eine sozialistische/kommunistische politische Ökonomie in einer EU des 21. Jahrhunderts aussehen sollte. Die Linke muss vermeiden, ihren UnterstützerInnen zu viel zu versprechen und sich darauf konzentrieren, zu liefern, wenn sie in der Regierung ist. Um Napoleon falsch zu zitieren, »der Ruhm geht vorbei, aber versiebt Wahlen sind ewig«. Wenn die Linke in den Genuss des Ruhmes kommt, eine Wahl gewonnen zu haben, muss sie eine Agenda haben, die es sich umzusetzen lohnt – sonst wird sie in die Bedeutungslosigkeit versinken. Die Linke muss der Herausforderung begegnen, einige der Hauptpolitiken der EU mitgestalten zu müssen: die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Regionalpolitik usw. Alle diese müssen reformiert bzw. in den kommenden Jahren erst richtig geschaffen werden, und wenn die Linke in Zentraleuropa politische Akzeptanz genießen will, wird sie zusammenkommen und nach gemeinsamen Positionen und Politiken suchen müssen. Die Parteien der Linken werden auch mit ihren immer weiter schrumpfenden Mitgliederzahlen fertig werden müssen und mit einer Presse, die ihren politische Grundlagen nie grundsätzlich positiv gegenüberstehen wird. Der Herausforderungen sind nicht wenige. Aber wie der berühmte britische Premier während des 2. Weltkriegs, Winston Churchill, einst sagte: »Ein Pessimist sieht die Schwierigkeit in jeder Gelegenheit; ein Optimist sieht die Chance in jeder Schwierigkeit.« Wenn die Linke diese Haltung einnimmt, muss die Zukunft nicht notwendigerweise gar zu grausig sein.

Literatur

- Biezen, Ingrid van (1998): Building Party Organisations and the Relevance of Past Models: The Communist and Socialist Parties in Spain and Portugal, in: West European Politics, 21 (2): 32-62.
- Biezen, Ingrid van (2000): On the Internal Balance of Power: Party Organisations in New Democracies, in: Party Politics, 6 (4): 395-417.
- Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven.

- Denitch, Bogdan Denis (1990): *The End of the Cold War: European Unity, Socialism and the Shift in Global Power*, London.
- Evans, Geoffrey/Whitfield, Michael (1995): *Economic Ideology and Political Success: Communist-successor Parties in the Czech Republic, Slovakia and Hungary compared*, in: *Party Politics*, 1 (4): 565-578.
- Gibson, Rachel/Römmele, Andrea/Ward Stephen (2003): *German Parties and Internet Campaigning in the 2002 Federal Election*, in: *German Politics*, 12 (1): 79-108.
- Grzymala-Busse, Anna (1999): *Czech and Slovak Communist Successor Party Transformations After 1990: Organisational Resources, Elite Capacities and Public Commitments*, in: John Ishiyama (ed.): *Communist Successor Parties*, in: *Post-Communist Politics*, Carmack, New York.
- Grzymala-Busse, Anna (2002): *Redeeming the Communist Past*, Cambridge.
- Hanley, Sean (1999): *The New Right in the New Europe? Unravelling the Ideology of Czech Thatcherism*, in: *Journal of Political Ideologies*, 4 (2): 163-190.
- Hough, Dan (2002): *The Fall and Rise of the PDS in Eastern Germany 1989-2000*, Birmingham.
- Hough, Dan/Handl, Vladimir (2004): *The (Post-) Communist Left and the European Union: The Czech KSČM and the German PDS*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 37 (4), Forthcoming.
- Ishiyama, John (1997): *The Sickle or the Rose? Previous Regime Types and the Evolution of the Ex-Communist Parties in Post-Communist Politics*, in: *Comparative Political Studies*, 30 (3): 299-334.
- Ishiyama, John/Bozoki, Andras (2001): *Adaptation and Change; Characterising the Survival Strategies of the Communist Successor Parties*, in: *Communist Studies and Transition Politics*, 17 (3): 32-51.
- Ishiyama, John T./Shafqat, Sahar (2000): *Party Identity Change in Post-Communist Politics: The Cases of the Successor Parties in Hungary, Poland and Russia*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 33: 439-455.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge.
- Kitschelt, Herbert (1995): *Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies: Theoretical Propositions*, in: *Party Politics*, 1 (4): 447-72.
- Kitschelt, Herbert et al. (1999): *Post-Communist Party Systems: Competition, Representation and Inter-Party Cooperation*, Cambridge.
- Klinenberg, Eric/Perrin, Andrew (2000): *Symbolic Politics in the Information Age: The 1996 Republican Presidential Campaigns in Cyberspace*, in: *Information Communication and Society*, 3 (1): 17-38.
- Lewis, Paul G. (2003): *Political Parties*, in: Stephen White, Judy Batt and Paul G. Lewis (eds.): *Developments in Central and Eastern European Politics*, Basingstoke, pp. 153-172.

- Mateju, Petr/Rehakova, Blanka/ Evans, Geoffrey (1999): *The Politics of Interests and Class Realignment in the Czech Republic, 1992-96*, in: Geoffrey Evans (ed.): *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*, Oxford.
- Millard, Frances (2003): *Poland*, in: Stephen White, Judy Batt and Paul G. Lewis (eds.): *Developments in Central and Eastern European Politics*, Basingstoke, pp. 23-40.
- Orenstein, Michael (1998): *A Genealogy of Communist Successor Parties in East-Central Europe and the Determinants of their Success*, in: *East European Politics and Society*, 12 (3): 472-99.
- Panebianco, Angelo (1988): *Political Parties: Organisation and Power*, Cambridge.
- Poguntke, Thomas (2002): *Party Organisational Linkage: Parties Without Firm Social Roots?*, in: Kurt Richard Luther and Ferdinand Müller-Rommel (eds.): *Political Parties in the New Europe*, Oxford, pp. 43-62.
- Waller, Michael (1995): *Adaptation of the Former Communist Parties of East-Central Europe: A Case of Democratisation?*, in: *Party Politics*, 1 (4): 373-90.
- Waller, Michael/Coppieters, Bruno/Deschouwer, Kris (eds.) (1994): *Social Democracy in a Post-Communist Europe*, London.
- Williams, Kieran (1997): *National Myths in the New Czech Liberalism*, in: Geoffrey Hosking and George Schöpflin (eds.): *Myths and Nationhood*, London, pp.132-140.
- Williams, Kieran (2003): *The Czech Republic and Slovakia*, in: Stephen White, Judy Batt and Paul G. Lewis (eds.): *Developments in Central and East European Politics*, Basingstoke, pp.41-73.